

gänzlich. Allerdings muss die Fluktuation bei den Schneiderinnen sehr gross gewesen sein, denn in der Volkszählung von 1941 wiesen sich nur zehn Schneiderinnen als Ausländerinnen aus, obwohl von 1931 bis und mit 1937 36 Einreisebewilligungen an ausländische Schneiderinnen erteilt worden waren.²⁷⁸

Während also die Zahl der Schneidergehilfen und -meister stagnierte, wuchs die der Schneiderinnen weiterhin an. Dieses Phänomen ist auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung des Schneidergewerbes in der Zwischenkriegszeit zu sehen:

Schon 1928 betonte der Schneidermeisterverband, dass die Schneidermeister nicht voll beschäftigt seien, dass das Gewerbe nicht auf Rosen gebettet sei, «seitdem die grosse Geldknappheit um sich [greife]». ²⁷⁹ Als eine Massnahme forderte der Verband, keine weiteren Konzessionen an ausländische Schneider zu erteilen und – soweit möglich – bestehende Konzessionen zurückzuziehen. 1930 wandten sich auch die Schneidergehilfen mit der Forderung an die Regierung, Ausländern die Ausübung des Schneidergewerbes in Liechtenstein wegen der gespannten Arbeitsmarktlage zu verbieten.²⁸⁰ Wie der Stopp an Einreisebewilligungen zeigt, trugen die Interventionen der Schneider und Schneidergehilfen Früchte.

Schneiderinnen hingegen versuchten erst 1935, die Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte einzudämmen. In einem Brief forderten die «betroffenen Fachleute» die Regierung dazu auf, «in Anbetracht der grossen Arbeitslosigkeit im Damenschneidergewerbe» dafür zu sorgen, dass nur noch einheimische Arbeitskräfte angestellt werden dürfen. Sie beschwerten sich über den konkreten Fall einer Damenschneiderin, die eine Ausländerin anstellte, obwohl genügend Inländerinnen Arbeit suchten.²⁸¹ Die Regierung ging dem erwähnten Fall zwar nach, doch auf die Zahl der erteilten Einreisebewilligungen hatte diese Initiative vorerst keine Auswirkung. Ein Grund für die zeitlich unterschiedlichen Einreiseschwerpunkte männlicher und weiblicher SchneiderInnen war also die schlechte Interessenvertretung der Damenschnei-

derinnen. Im Gegensatz zu den Schneidern, die mit dem Schneidermeisterverband in der Zwischenkriegszeit über eine sehr aktive Interessenvertretung verfügten, hatten sich die Schneiderinnen nicht verbandsmässig organisiert. Auch direkte, private Vorstösse im Sinne des erwähnten Schreibens an die Regierung blieben die Ausnahme.

Ein im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz längerfristig weit grösseres Problem erwuchs den kleinen Schneiderateliers mit der zunehmenden Bedeutung der Konfektionskleidung und deren Verkauf in Waren- respektive Bekleidungshäusern.

Die vor allem in den dreissiger Jahren häufiger erscheinenden Inserate des Schneidermeisterverbandes, die mit Slogans wie «Wer Masskleidung kauft, ist sparsam!» die Kunden davon abzuhalten versuchten, ihre Kleider in Konfektionsgeschäften zu kaufen, hielten diese Entwicklung kaum wirksam auf.²⁸² Mit dem Preisniveau von Geschäften wie dem Bekleidungshaus Emil Ospelt, dem Konfektionsgeschäft Georg Hilti oder dem ebenfalls Damen- und Herrenkleider führenden Kaufhaus S. Frick konnten kleine Schneiderateliers ohne massive Verdiensteinbussen auf die Dauer nicht mehr mithalten. Wie die Verwarnung der Regierung an zwei Kaufmänner zeigt, gab es sogar Kaufhäuser, die Bestellungen auf massgefertigte Kleidung aufnahmen und – in diesen beiden Fällen unbewilligterweise – zusätzlich Massnahmen und anprobieren liessen.²⁸³ Somit blieb den Schneiderateliers nicht einmal der «Qualitätsbonus» der Masskleidung unbestritten erhalten.

Für SchneiderInnen, welche selber Stoffe und Tücher führten und verkauften, stellten HausiererInnen eine weitere Konkurrenz dar. Auch dieser Konkurrenz versuchte der Schneidermeisterverband durch Inserate entgegenzuwirken, in denen er behauptete, dass HausiererInnen den KundInnen meist billigen Stoff als Qualitätsware andrehen würden.²⁸⁴

Die ärmlichen Verhältnisse in Liechtenstein in der Zwischenkriegszeit brachten es aber wohl mit sich,